

# **Handlungsprogramm**

## **zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände und zur Absenkung des Risikos einer Ausbreitung von Tierseuchen für das Jagdjahr 2024/2025**

*Gemeinsame Bejagungsempfehlungen und Maßnahmen des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, der Interessengemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e. V., der Fachgruppe Jagdgenossenschaften im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz-Süd e. V., des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz e. V., des Ökologischen Jagdverbandes Rheinland-Pfalz e. V., des Jagdaufseherverbandes Rheinland-Pfalz e.V. und des Landkreistages Rheinland-Pfalz.<sup>1</sup>*

Seit Anfang der 1980er Jahre stiegen die Schwarzwildpopulation sowie die Jagdstrecke dieser Wildart enorm an. Damit einhergehend waren und sind zum Teil sehr hohe Wildschäden in der Landwirtschaft und im Weinbau zu beklagen. Hinzu kommen die Wildseuchenproblematik und die gestiegenen Verkehrsunfallzahlen.

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist in Europa weiter auf dem Vormarsch und wurde im September 2020 erstmals in Deutschland im Schwarzwildbestand in Brandenburg und kurz darauf auch in Sachsen nachgewiesen. Mit der Feststellung des ASP-Virus kam es in den betroffenen Gebieten zu sofortigen Jagd-, Ernte- und Betretungsverboten sowie in ganz Deutschland zu einem Einbruch des Schweinemarktes, verbunden mit Handelsrestriktionen und zahlreichen Sperrungen wichtiger Drittländer beim Handel mit Schweinen und deren Produkten. Dies macht die verheerenden Folgen für alle Beteiligten beim Ausbruch dieser Seuche deutlich.

Mit dem erstmalig in Hessen positiv auf ASP getesteten Stück Schwarzwild am 15. Juni 2024 ist auch das angrenzende Rheinland-Pfalz im Kreis Mainz-Bingen und schließlich auch Alzey-Worms unmittelbar vom Seuchengeschehen betroffen. Nachdem offenbar wurde, dass sich das Seuchengeschehen entlang der Rheinauen im Bereich des Kühkopfes bewegt, wurde kurze Zeit später am 09. Juli 2024 dann auch das erste Stück in Rheinland-Pfalz im Kreis Alzey-Worms positiv getestet.

---

<sup>1</sup> Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. sowie der Landesverband der Berufsjäger Rheinland-Pfalz/Saarland waren in die Verhandlungen zur Ausgestaltung dieses Handlungsprogramms eingebunden, tragen aber das Papier in der von den Unterzeichnern getragenen Fassung nicht mit.

Neben den von der Seuche unmittelbar betroffenen Gebieten, in denen die Eindämmung und Tilgung der Seuche mit veterinärrechtlichen Mitteln im Vordergrund stehen, gilt es nun dringender denn je eine Ausbreitung in freie Gebiete und eine weitere Verschleppung in Hausschweinebestände zu verhindern bzw. das Auftreten so früh wie nur möglich zu erkennen, um sofortige Gegenmaßnahmen ergreifen zu können und einen noch schlimmeren Schaden abzuwenden.

Die Wildschweinpopulation ist in Rheinland-Pfalz überwiegend sehr hoch. Eine Impfung von Haus- und/oder Wildschweinen gegen ASP wird es in naher Zukunft nicht geben. Daher sollten sich alle Beteiligten die Bedeutung der ASP-Früherkennung bewusstmachen.

Je früher die ASP erkannt wird, desto besser stehen die Chancen einer Tilgung, was die in Tschechien und Belgien angewandten Maßnahmen zeigen. Je weniger Wildschweine in einer Region leben, desto kleiner die Zahl der Tiere, die erkranken können und desto besser die Bekämpfungsaussichten.

Die Schwarzwildbestände sind daher auf eine den landeskulturellen Verhältnissen angepasste Bestandsdichte zu bringen, um insbesondere

- Schwarzwildschäden in der Landwirtschaft und im Weinbau zu verringern,
- das Risiko einer Ausbreitung von infektiösen Tierseuchen, insbesondere der Afrikanischen Schweinepest, abzusenken,
- Gefahren durch Verkehrsunfälle mit Schwarzwildbeteiligung zu mindern sowie
- dem zunehmenden Vorkommen von Schwarzwild in städtischen Bereichen entgegenzuwirken.

Der Landesgesetzgeber von Rheinland-Pfalz hat hierzu im Jahr 2010 bei der umfassenden Novellierung des Landesjagdgesetzes (LJG) das Schwarzwild erstmals mit in die gesetzliche Abschussregelung einbezogen. Seither sollen gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 LJG Abschussvereinbarung und Abschusszielsetzung auch Regelungen über den Abschuss von Schwarzwild enthalten.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2013 durch die Landesjagdverordnung (LJVO) die Jagdzeiten neu bestimmt und festgelegt, sodass Schwarzwild grundsätzlich ganzjährig bejagt werden darf. Davon ausgenommen sind lediglich die für die Aufzucht notwendigen Elterntiere bis zum Selbständig werden der Jungtiere, mithin Bachen, soweit sie abhängige (gestreifte) Frischlinge führen.

Gesetz- und Verordnungsgeber haben somit für die Jägerschaft weitest gehende Möglichkeiten geschaffen, den notwendigen Verminderungsabschuss durchführen zu können, ohne die dabei erforderlichen tierschutzrechtlichen Aspekte zu vernachlässigen.

Obwohl die zuständigen Behörden die jagd- sowie die tierseuchenrechtlichen Vorschriften konsequent anwenden und deren Einhaltung kontrollieren, belegen die

Jagdstrecken zwar einerseits das große Engagement der Jägerinnen und Jäger, zeigen aber andererseits auch, dass bislang keine nachhaltige Trendwende der Entwicklung herbeigeführt werden konnte. Dies legt den Schluss nahe, dass die seit dem Ausbruch der Klassischen Schweinepest (KSP) bei freilebendem Schwarzwild im Jahr 1999 herausgegebenen und jährlich gemeinsam überarbeiteten Empfehlungen zur Reduktion überhöhter Schwarzwildbestände bislang in der Fläche noch nicht ausreichend umgesetzt worden sind.

Die Unterzeichnenden dieses Handlungsprogramms sind jedoch einvernehmlich der Überzeugung, dass ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung der Schwarzwildproblematik im gemeinsamen Engagement der Akteure vor Ort unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Verhältnisse liegt.

Aus diesem Grund sollen auf örtlicher Ebene unter Beteiligung der wichtigsten Interessenvertreter (insbes. Jägerschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagdrechtsinhaber, Behörden, LBM, Polizei), „**Runde Tische Schwarzwild**“ etabliert werden.

Ziel ist die situationsbedingte Bildung von „**Aktionsgemeinschaften Schwarzwild**“. Dabei sind alle Verantwortlichen vor Ort unter Initiative der Kreisjagdmeisterin oder des Kreisjagdmeisters aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten. Auf die besondere Verantwortung der Hegeringe für den Erfolg des Handlungsprogramms vor Ort wird ausdrücklich hingewiesen.

Insbesondere sollen nachfolgende Punkte erörtert und berücksichtigt werden:

1. Der Schwarzwildbestand ist **in allen Landesteilen** von Rheinland-Pfalz **deutlich zu verringern**.
2. Das Schwarzwild muss weiterhin **ganzjährig intensiv bejagt** werden. Hierzu sind die Jagdausübungsberechtigten, die Jagdrechtsinhaber und die zuständigen Jagdbehörden aufgefordert, alle jagdpraktischen, technischen und rechtlichen Möglichkeiten (z. B. tierschutzgerechter Einsatz von Frischlingsfallen, Drohneneinsatz, Nachtsichtvor- und Nachtsichtaufsatzgeräte etc.) zur Optimierung der Schwarzwildbejagung auszuschöpfen. Die Jagdausübungsberechtigten in den staatlichen Regiejagden nehmen ihre Vorbildfunktion wahr.
3. **Die Höhe des Abschusses der Zuwachsträger (weibliche Stücke) ist deutlich zu steigern**. Bachen, die noch erkennbar abhängige (gestreifte) Frischlinge führen, sind zu schonen. Beim Vorkommen gemischter Rotten ohne abhängige Frischlinge sollten konsequent Bachen erlegt werden.
4. **Frischlinge sind umfassend und unabhängig vom Alter und von Größe zu bejagen**.

5. Neben evtl. jagdbezirksspezifischen Vorgaben sollen die abzuschließenden **Abschussvereinbarungen/Abschusszielsetzungen für Schwarzwild** diese Bejagungsempfehlungen umsetzen und zusätzliche Vereinbarungen zur Abschusszielerreichung zum Inhalt haben (Seite 3 von 6, Abschussvereinbarung Schwarzwild).
6. **Jegliche Beschränkungen der Jagdausübung auf Schwarzwild durch Gewichts- oder Altersvorgaben sind zu unterlassen.**
7. **Großräumige, flächendeckende und Revier übergreifende Bewegungsjagden** sind eine besonders effektive Form der Schwarzwildbejagung und sind vermehrt durchzuführen. Für Revier übergreifende Jagden sind gezielt Schützen einzuladen, die ihre Schießfertigkeit nicht nur durch einen **jährlich** zu erbringenden **Übungsnachweis** belegen können, sondern darüber hinaus weiter verbessern. Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität bietet ein kostenloses Schießtraining an. Im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht der Jagdausübungsberechtigten soll auf eine kostengünstige und zeitnahe Genehmigungs- und Beschilderungspraxis hingearbeitet werden. Insbesondere sollen die Forstämter in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hegeringen frühzeitig (im Frühsommer) benachbarte Revierinhaber ansprechen und auf eine Organisation Revier übergreifender Jagden hinarbeiten. Individuelle Wünsche einzelner Revierinhaber bei der Wildfreigabe andere Wildarten betreffend sollen dabei berücksichtigt werden. Diese dürfen aber kein Hinderungsgrund für die Beteiligung an solchen Jagden sein.

**Wünschenswerte Flankierung durch den Gesetzgeber:** Es sollen Schießübungsnachweise als Voraussetzung zur Teilnahme an Bewegungsjagden verbindlich vorgeschrieben werden.

8. Da bei Bewegungsjagden auf Schwarzwild **brauchbare Jagdhunde** zwingend erforderlich sind, sollen gut ausgebildete Jagdhunde in ausreichender Anzahl verfügbar sein bzw. gefördert werden. Benachbarte Jagdausübungsberechtigte sollen sich hinsichtlich der bei Drückjagden über Jagdbezirksgrenzen hinausjagende Hunde verständigen (z. B. im Rahmen der Wildfolgevereinbarungen). Bei der Durchführung von Bewegungsjagden soll das Überjagen von Hunden über die Jagdbezirksgrenze im Einzelfall toleriert werden.
9. Jeder kommunale Satzungsgeber wird aufgefordert, im Rahmen seines politischen Ermessens zu prüfen, ob **eine Steuervergünstigung/-befreiung** für die **Haltung von brauchbaren Jagdhunden** in der örtlichen Satzung zur Erhebung der Hundesteuer vorgesehen werden kann.
10. In den Vollmondphasen und bei Schneelage sollen **Gemeinschafts-ansitzjagden** auf Schwarzwild durchgeführt werden, nach Möglichkeit Revier

übergreifend. Die Forstämter und die Hegeringe unterstützen die Revierinhaber bei der Koordination, insbesondere auch unter Nutzung elektronischer Medien und Sozialer Netzwerke.

11. Der künstliche Futtereintrag ist zu minimieren. Jäger, Grundeigentümer, Landnutzer und Jagdbehörden sollen **Verstößen gegen die Fütterungs- und Kurrungsbestimmungen** (LVO über die Fütterung und Kurrung von Schalenwild (2005)) **entschieden entgentreten**.

Die Unteren Jagdbehörden stellen den Forstämtern geeignete Informationen und Kartenmaterial über angezeigte Kurrungen zur Verfügung. Im Rahmen ihrer dienstlichen Verpflichtung sind Forstbeamte verpflichtet, ordnungswidriges Verhalten anzuzeigen.

12. Die Jagdausübungsberechtigten sollen **revierlose Jägerinnen und Jäger am Abschuss von Schwarzwild beteiligen**. Die Vereinigungen der Jägerinnen und Jäger und die Jagdrechtsinhaber setzen sich dafür ein.
13. Für die Erlegung von Schwarzwild werden in der **staatlichen Regiejagd keine Jagdbetriebskostenbeiträge** erhoben.
14. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe werden gebeten, die Jagdausübungsberechtigten bei der Bejagung durch **Verbesserung der jagdlichen Infrastruktur** (Schussschneisen, Hochsitze etc.) zu unterstützen.

Deshalb werden die Bauern- und Winzerverbände gebeten, ihre Mitglieder aufzufordern, aktiv das Gespräch zur Verbesserung der jagdlichen Infrastruktur mit den Jagdausübungsberechtigten zu suchen. Die Bejagungsschneisen können in allen Ackerkulturen gemäß dem Merkblatt „Bejagungsschneisen und Direktzahlungen“, BMEL 2020 angelegt werden. Sofern es sich um Flächen in Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUK-Maßnahmen) handelt, muss ggf. eine gesonderte Prüfung erfolgen.

15. Die Möglichkeiten der **Gebührengestaltung** für die **Trichinenbeschau** beim Schwarzwild, insbesondere mit dem Ziel einer Gebührenreduzierung bei Frischlingen, sollen voll ausgeschöpft werden.
16. Um die **Schweinepest frühzeitig zu erkennen**, sind **von jedem Stück Fallwild** und von jedem krank erlegten Wildschwein **Proben** zur Untersuchung zu entnehmen (Blutprobe oder Stück Milz, sofern kein Blut mehr zu gewinnen ist). Die Beprobung von Fallwild und Unfallwild wird vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität durch eine Prämie in Höhe von 70 Euro unterstützt. Damit möglichst viel Fallwild auf Schweinepest untersucht werden kann, werden die Jägerinnen und Jäger bei Reviergängen gebeten, besondere Aufmerksamkeit auf diese Indikatortiere zu richten.

Dies betrifft speziell Reviere in deren Nähe sich Parkplätze sowie Picknickplätze mit internationalem Publikum befinden (z. B. Fernverkehr aus Baltikum oder Osteuropa).

**Kerstin Ramm**

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Energie und Mobilität  
Oberste Veterinärbehörde

**Dr. Jens Jacob**

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Energie und Mobilität  
Oberste Jagdbehörde

**Uwe Bißbort**

Vorsitzender der Fachgruppe  
Jagdgenossenschaften im  
Bauern- und Winzerverband  
Rheinland-Pfalz-Süd e. V.

**Josef Schwan**

Vorsitzender der  
Interessengemeinschaft der  
Jagdgenossenschaften und  
Eigenjagdbesitzer im  
Bauern- und Winzerverband  
Rheinland-Nassau e. V.

**Thomas Boschen**

Vorsitzender des  
Ökologischen Jagdverbandes  
Rheinland-Pfalz e. V.

**Moritz Petry**

Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied des  
Gemeinde- und Städtebundes  
Rheinland-Pfalz e. V.

**Jürgen Hesch**

Beigeordneter des  
Landkreistages Rheinland-Pfalz

**Peter Seelmann**

Landesvorsitzender des  
Jagdaufseherverbandes  
Rheinland-Pfalz e.V